

TIERE

## Herz für Pitbulls

Ungewiss bleibt die Zukunft der Kampfhunde in Deutschland: Der Plan, Pitbulls hier zu Lande auszurotten, droht jetzt am Widerstand des Innenministeriums von Rheinland-Pfalz zu scheitern. Die Mainzer widersetzen sich einer in monatelangen Beratungen von der interministeriellen Kampfhund-Arbeitsgruppe erarbeiteten Vorlage für die Innenministerkonferenz Anfang Mai. Der Entwurf sieht vor, dass die Länder den American Pitbull Terrier, den American Staffordshire Terrier und den Staffordshire Bullterrier als „gefährliche Hunde“ einstufen und mit einem Zucht- und Handelsverbot belegen können. Auf diese Weise sollten die Hunde in den nächsten Jahren gezielt ausgerottet werden. Rheinland-Pfalz dagegen hält den „Erlass einer Rasseliste“ aus „wissenschaftlicher und rechtlicher Sicht“ für



Pitbull-Terrier

„nicht gerechtfertigt“, weil es keine Belege für eine „rasse-spezifisch erhöhte Aggressivität“ gebe. Nach Mainzer Vorstellungen sollten auffällige Hunde einer Einzelprüfung unterzogen werden, bevor eine Sterilisation oder Kastration angeordnet werden kann.

POLIZEI

## Kripo für Krisenfälle

Das Bundeskriminalamt (BKA) plant die Einrichtung einer Spezialeinheit für den Auslandseinsatz. „Kriminalpolizeiliche Krisen-Einsatzkräfte“ sollen nicht nur auf Anforderung supranationaler Organisationen wie beispielsweise im Kosovo, sondern auch auf Anfrage einzelner Länder bei Mord- und Terroranschlägen, etwa auf deutsche Einrichtungen, tätig werden. Die Truppe soll aus etwa 50 Freiwilligen und



BKA-Beamte im Kosovo (1999)

einem permanent besetzten Einsatzbüro bestehen. Vorgesehen sind dafür ausschließlich BKA-eigene Spezialisten für Dokumentation, Spurensuche, Leichensachbearbeitung und Sprengstoffermittlungen. Diese Beamten, die auch im Ausland Waffen tragen sollen, müssten laut BKA-Papier nicht nur fachlich qualifiziert, sondern auch gesund und stresserprobt sein.

PDS

## Eifrige Verfolger

Berliner Staatsanwälte machen wegen einer Polit-Lappalie europaweit von sich reden. Sie beantragten in Straßburg über das deutsche Justizministerium die Aufhebung der Immunität des Europa-Abgeordneten und PDS-Politikers André Brie, der in Deutschland gegen das Versammlungsverbot verstoßen haben soll. Zusammen mit anderen Parteigenossen hatte Brie im September 1998 am Brandenburger Tor ein 20 Meter langes Transparent mit der Aufschrift „Auch die Grenze zwischen oben und unten muss weg“ entrollt. Die Strafverfolger sahen in der ungewöhnlichen Denkmalbesteigung zunächst einen Hausfriedensbruch, dann aber ließen sie den Vorwurf fallen. Jetzt wollen sie den Politiker wegen eines Versammlungsvergehens belangen. Der PDS-Mann nimmt den Verfolgungsversuch gelassen: „Ich vertraue da ganz auf meinen Rechtsanwalt. Der heißt Gregor Gysi.“



Brie

EUROPA

## Atomares Chaos

In den nuklearen Forschungszentren der EU herrscht Durcheinander. Die Entsorgung strahlender Altlasten in der italienischen Forschungsanlage Ispra, im belgischen Geel und in Karlsruhe ist bislang über den EU-Haushalt nicht gesichert. In einer seit 1998 geheim gehaltenen Studie der internen EU-Finanzkontrolle werden schwere Vorwürfe gegen das Management der Forschungszentren erhoben: Ausschreibungsbetri-

gerien, Vetternwirtschaft, aber auch bedenkliche Sicherheitsmängel. Nach einem Bericht der EU-Kommission wird in Ispra teilweise seit den sechziger Jahren Strahlmüll ungenügend gesichert in Schächten und Gräben gelagert. Zu dem Nuklearabfall zählen unter anderem Brennelemente, hoch aktive Flüssigkeiten und 6000 Fässer mit schwach aktiven Rückständen. Die Materialien sind nicht einmal richtig klassifiziert. Das Europäische Parlament muss nun über ein Finanz- und Entsorgungskonzept beraten, das schätzungsweise 450 Millionen Euro kostet.